



Textteil zum Bebauungsplan und Satzung über örtliche Bauvorschriften  
Schulzentrum Nord/Mönchaldenstraße (Stgt 307) im Stadtbezirk Nord

A. Planungsrechtliche Festsetzungen § 9 (1) BauGB, BauNVO

1. GB: Fläche für den Gemeinbedarf mit der Zweckbestimmung „Hausmeisterwohnungen“ § 9 (1) Nr. 9 BauGB

Zulässig sind Hausmeisterwohnungen, die den Schulen, Sporthallen und der Gesamtanlage auf dem Grundstück (Flst. Nr. 9381/1) dienen, ausgenommen der Ertragsanlage der Deutsche Bahn.

GB2: Fläche für Gemeinbedarf mit der Zweckbestimmung „Schul- und Vereinsport“ § 9 (1) Nr. 5 BauGB

Zulässig sind Sporthallen für Schulsport und für Vereinsport.

Hinweis: Für die auf der Gemeinbedarffläche zulässigen Nutzungen erfolgt folgende Einstufung der Schutzbedürftigkeit:

Die Sporthalle für den Schul- und Vereinsport und die Hausmeisterwohnungen werden nach der 18. BImSchV mit einer Empfindlichkeit von 60 dB(A) tags außerhalb der Ruhezeiten, innerhalb der Ruhezeiten am Morgen von 55 dB(A) sowie im Übergang von 60 dB(A) tags und 45 dB(A) nachts eingestuft. Nach der 18. BImSchV werden diese Nutzungen mit einer Empfindlichkeit von 64 dB(A) tags und 54 dB(A) nachts sowie nach der DIN 18005-1 eine Empfindlichkeit von 60 dB(A) tags und 50 dB(A) bzw. 45 dB(A) nachts bei u.a. Freizeitlärm eingestuft. Die Gebieteinstufung erfolgt äquivalent zu einem Mischgebiet.

2. Maß der baulichen Nutzung § 9 (1) Nr. 1 BauGB in Verbindung mit §§ 16-21a BauNVO

2.1 Grundflächenzahl

Überschreitungen der zulässigen Grundflächenzahl i.S.d. § 19 (4) BauNVO können bis max. 0,8 zugelassen werden.

2.2 Höhe baulicher Anlagen (HbA) § 9 (1) Nr. 1 BauGB in Verbindung mit § 16 (2), (3) und § 18 BauNVO

Nach Planeinschrieb als Höchstgrenze festgesetzt.

Oberste Begrenzung der baulichen Anlagen über Normalnull (NN); die Höhenangaben beziehen sich auf das neue Höhenansystem.

Der obere Bezugspunkt für die Höhe baulicher Anlagen ist der höchste Punkt der baulichen Anlage, inklusive Dachaufbauten. Bei Flachdächern ist dies die Oberkante des Daches einschließlich der Attika und Umwehrung. Sofern Nebenanlagen und Dachaufbauten diese Höhen überschreiten, gelten deren Oberkanten als oberer Bezugspunkt.

Ausnahmsweise dürfen die Zu- und Abflutanlagen die festgesetzte HbA überschreiten, wenn diese zur vollständigen Funktionserfüllung nicht in das Gebäude zu integrieren sind. Dabei ist ein Abstand zum Dachrand von mindestens 100 cm einzuhalten.

3. Bauweise und überbaubare Grundstücksfläche § 9 (1) Nr. 2 BauGB in Verbindung mit §§ 22-23 BauNVO

3.1 Bauweise

Nach Planeinschrieb

a abweichende Bauweise. Die Bauweise weicht insofern von der offenen Bauweise ab, als die Längenbeschränkung von 50 m entfällt (§ 22 (4) BauNVO)

c offene Bauweise (§ 22 (2) BauNVO)

3.2 Überbaubare Grundstücksfläche und Unterbauung § 9 (1) Nr. 2 BauGB in Verbindung mit § 23 (3) BauNVO

Ausnahmsweise können außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen in den gekennzeichneten Bereichen Unterbauungen zugelassen werden, sofern folgende Bedingungen erfüllt sind:

u<sub>2</sub>: Bauung, die vollständig unter der Geländeoberfläche liegt und zu erhaltende sowie neu zu pflanzende Bäume mit Erdanschluss nicht beeinträchtigt.

u<sub>3</sub>: Bauung als Verbindungsbauwerk, das vollständig unter der Geländeoberfläche liegt und zu erhaltende und neu zu pflanzende Bäume mit Erdanschluss nicht beeinträchtigt.

4. Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft § 9 (1) Nr. 20 BauGB

4.1 Bewirtschaftung des Niederschlagswassers auf den Baugrundstücken

Unschädlich verunreinigtes Niederschlagswasser ist auf den Baugrundstücken vollständig zu bewirtschaften (Nutzung als Brauchwasser, dezentrale Versickerung, Verdunstung über Vegetationsflächen, Baumrücken oder begrünte Mulden-Rigolenysteme, Dach- und Fassadenbegrünung).

4.2 Verringerung der Oberflächenversiegelung

Wege, Zufahrten, Plätze, Stellplätze, Feuerwehrafzufahrten, Feuerwehraufstellflächen und sonstige Funktionsflächen sind auf das für die Funktionserfüllung notwendige Mindestmaß zu beschränken. Sie sind, soweit sie nicht dem regelmäßigen Schwerlastverkehr dienen, in wasserundurchlässiger Bauweise mit offenerporiger Pflaster, Rasenflächenpflaster, Schotterrasen o.ä. zu befestigen. Nicht überdeckte Fahrradstellplätze sind zu begrünen.

5. Externe Maßnahme für den Stellplatz gem. § 9 (1) Nr. 20 und § 9 (1a) BauGB i.V.m. § 135 a) bis c) BauGB

Auf der 500,4 m² großen Maßnahmenfläche M1 (Gemarkung Stuttgart, Flur Stuttgart, Flurstück 8950/12 auf dem städtischen Grundstück) erfolgt die Herstellung eines Ersatzstellplatzes als Sämereien reiche Blühbrache für den Stellplatz, welcher dauerhaft zu erhalten ist. Eine Pflegemaßnahme ist mindestens einmal und maximal zweimal pro Jahr durchzuführen. Das Schnittgut ist abzutransportieren.

Die festgesetzte Maßnahme M1 wird auf dem Bauparagrafen Stgt 307 Schulzentrum Nord/Mönchaldenstraße zugeordnet.

6. Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zu belastende Flächen gem. § 9 (1) Nr. 21 BauGB

Die Fläche gr. wird mit einem Gehrecht zugunsten der Allgemeinheit auf dem Flst. Nr. 9381/1 im Stadtbezirk Stuttgart-Nord belastet.

7. Vorkehrung zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen § 9 (1) Nr. 24 BauGB

Lärmschutz – Verkehrslärm

Innerhalb des GB sind zum Schutz vor Außenlärm an den Außenbauten bauliche Anlagen Schallschutzmaßnahmen gemäß DIN 4109 (Schallschutz im Hochbau) zu treffen.

Hinweise:

- Einstufung der jeweiligen Schutzbedürftigkeit für die Gemeinbedarffläche siehe Ziffer 1 Art der baulichen Nutzung.
- Der Nachweis der Einhaltung der schallschützenden Anforderungen nach der DIN 4109 – Schallschutz im Hochbau – ist im Genehmigungsverfahren zu führen.
- Die DIN 4109 wird im Amt für Stadtplanung und Wohnen, Eberhardstraße 10 (Graß-Eberhard-Bau), 70173 Stuttgart in der Planausgabe im EG, Zimmer 003 sowie beim Bauamt, Eberhardstraße 33, 70173 Stuttgart im 1. OG beim Bürgerservice-Bau zur Einsichtnahme bereitgehalten. Zudem kann die DIN 4109 über DIN Media GmbH, Am DIN-Platz, Burggrafenstraße 6, 10787 Berlin bezogen werden.

8. Pflanzbindung § 9 (1) Nr. 25 BauGB

Erhalt von Bäumen

Die im Plan gekennzeichneten Bäume sind dauerhaft zu erhalten und im Falle des natürlichen Abgangs in der nächsten Pflanzperiode gemäß der nachfolgenden Vorgaben zu Baumpflanzungen gleichwertig zu ersetzen.

Baumpflanzungen

Im Geltungsbereich des Bebauungsplans sind (einschließlich der zeichnerisch festgesetzten Bäume) mindestens 47 überwiegend geliebteiche, mittel- bis großkronige Laubbäume (Mindestgröße: 2025), davon 20 großkronige, als Ersatz für entfallende Bäume zu pflanzen, dauerhaft zu erhalten und bei natürlichem Abgang in der nächsten Pflanzperiode gleichwertig zu ersetzen. Baumquartiere müssen eine Pflanzgrube von mindestens 12 m² Größe und 1,0 m Tiefe aufweisen, unter Einfüllung geeigneter Oberboden- und Unterbodenstratumschichten. Die 47 o.g. Bäume sind mit uneingeschränktem Erdschluss zu pflanzen. Bei überbauten Baumquartieren sind verschärbare und überbaubare Spezialsubstrate mit einer angemessenen Durchlüftung und Anfahrtschutz zu verwenden.

Die im Plan gekennzeichneten Standorte können, sofern technisch zwingend erforderlich, um bis zu 5,00 m verschoben werden.

Hinweis: Für eine ausreichende Be- und Entwässerung ist zu sorgen.

pv Die nicht überbaubaren Grundstücksflächen sind mit Ausnahme der zulässigen Wege, Zufahrten, Plätze, Nebenanlagen und Sportflächen flächig zu begrünen, als Vegetationsfläche mit Kräuter- und blütenreichem Saatgut bzw. Sträuchern gärtnerisch anzulegen und dauerhaft zu unterhalten.

9. Dachbegrünung (§ 9 (1) Nr. 20 BauGB; § 9 (1) Nr. 25 a und b BauGB):

Flachdächer und flach geneigte Dächer bis 15° Neigung sind flächig extensiv zu begrünen und dauerhaft begrünt zu erhalten.

Für die extensive Dachbegrünung ist eine durchverzbare Substratschicht von mindestens 8 cm vorzusehen.

Für die Begrünung sind geeignete Gräser, Kräuter- und Sprossmischungen aus heimischen Arten zu verwenden.

Solaranlagen sind über der extensiven Begrünung so anzubringen, dass eine ausreichende Belichtung der Vegetationsfläche bei ausreichender Versorgung mit Niederschlagswasser gewährleistet ist.

Auf bis zu insgesamt 20 % der Dachflächen sind folgende Nutzungen zulässig:

- für die Belichtung erforderliche Oberlichter.

Attika und nicht brennbare Abstellreihen sind von der 20%-Regelung ausgenommen.

Hinweis: Eine ausreichende Belichtung und eine ausreichende Versorgung der Begrünung mit Niederschlagswasser ist i.d.R. gewährleistet, wenn die Module schräg oder senkrecht aufgeständert einen Mindestabstand zwischen Substratschicht und Unterkante der Paneele von 30 cm nicht unterschreiten, der Abstand zwischen den Modulen mindestens 80 cm beträgt und bei Aufsicht die von den Modulen überstehende begrünte Dachfläche nicht mehr als die Hälfte des Daches einnimmt. Nicht brennbare Abstandstreifen sind lediglich entsprechend der Brandschutzanforderungen auszuführen. Die nicht brennbaren Abstandstreifen sind entsprechend der aktuellen Brandschutzanforderungen auszuführen.

1.2 Nistkästen für Vögel und Fledermäuse

An neu entstehenden Gebäuden und/oder bestehenden Gebäuden auf dem Grundstück sind mindestens 17 Nistkästen anzubringen oder baulich in den Gebäuden zu integrieren. Die Nistkästen sind in > 2 m Höhe, vorrangig im Dachbereich, anzubringen. Es sind je Gebäude mindestens zwei Einzelkästen und modulare Nistkastensysteme zu verwenden, die sich für Hausrotschwanz und Fledermäuse eignen. Für den Grauschnäpper sind 3 Nistkästen an Bestandsbäumen anzubringen.

Die Nistkästen sind 1x jährlich außerhalb der Vogelbrutzeit zu reinigen und dauerhaft zu erhalten.

Die Art, Anzahl und Positionierung der Nistkästen sind zu den jeweiligen Bauvorhaben mit der Unteren Naturschutzbehörde abzustimmen.

1.3 Reptilienschutzzaun

D. Hinweise/Nachrichtliche Übernahmen gem. § 9 (6) BauGB:

1. Artenschutz

Artenschutzrechtliche Verbotstatbestände des § 44 BNatSchG sind zu beachten.

Vor Abruch und Umbau bestehender Gebäude sowie vor Fäll- und Schnittarbeiten an Bäumen und Gehölzen ist rechtzeitig im Einzelfall zu prüfen, ob es zu einer nach § 44 Abs. 1 BNatSchG verbundenen Verletzung oder Tötung von besonders geschützten Arten oder einer Beschädigung oder Zerstörung ihrer Entwicklungsformen, Nist-, Brut-, Wohn- oder Zufluchtsstätten kommt. Ist dies der Fall, sind die Maßnahmen zu unterlassen bzw. unverzüglich einzustellen sowie die Entscheidung bei der zuständigen Naturschutzbehörde einzuholen. Es wird empfohlen, vor Durchführung der Arbeiten einen Fachgutachter zu konsultieren.

Bäume auf nicht gärtnerisch genutzten Grundflächen sowie Hecken, lebende Zäune, Gebüsche und andere Gehölze dürfen bis zum 1. März bis 30. September nicht abgeschnitten oder auf den Stock gesetzt werden; in dieser Zeit darf laut § 39 Abs. 5 S. 2 Nr. 4 BNatSchG auch bei baurechtlich genehmigten Vorhaben nur geringfügiger Gehölzschwund auf dem Baugrundstück zulässig werden.

Zur Vermeidung der Tötung und Verletzung von Vögeln an Glas- und Fensterfronten von Gebäuden, Gebäudeteilen und Anbauten sind diese vogelsicher zu gestalten. Notwendige Vermeidungs- und Vermeidungsmaßnahmen sind mit der zuständigen Naturschutzbehörde abzustimmen, ggf. ist ein Konzept durch ein Fachbüro zu erstellen.

1.1 Bauzeitbeschränkung – Gebäudebruch

Die Baufeldfreimachung in GB und GB2 ist (unter Berücksichtigung der Vogelbrutzeiten und Aktivitätszeiten der Fledermäuse) nur im Zeitraum von 1. Oktober bis 28. Februar zulässig.

1.2 Nistkästen für Vögel und Fledermäuse

An neu entstehenden Gebäuden und/oder bestehenden Gebäuden auf dem Grundstück sind mindestens 17 Nistkästen anzubringen oder baulich in den Gebäuden zu integrieren. Die Nistkästen sind in > 2 m Höhe, vorrangig im Dachbereich, anzubringen. Es sind je Gebäude mindestens zwei Einzelkästen und modulare Nistkastensysteme zu verwenden, die sich für Hausrotschwanz und Fledermäuse eignen. Für den Grauschnäpper sind 3 Nistkästen an Bestandsbäumen anzubringen.

Die Nistkästen sind 1x jährlich außerhalb der Vogelbrutzeit zu reinigen und dauerhaft zu erhalten.

Die Art, Anzahl und Positionierung der Nistkästen sind zu den jeweiligen Bauvorhaben mit der Unteren Naturschutzbehörde abzustimmen.

1.3 Reptilienschutzzaun

Im Vorfeld der Bauarbeiten sind Maßnahmen gegen eine Einwanderung von Mauersechsen ins Baufeld zur Tötungsvermeidung erforderlich. Diese müssen die Errichtung eines Reptilienschutzzaunes entlang der als Mauersechsenhabitat eingestuft Bereiche umfassen. Alle Maßnahmen zur Vermeidung der Verbote nach § 44 Abs. 1 BNatSchG sind mit der Unteren Naturschutzbehörde vorab abzustimmen.

1.4 Insektenfreundliche Außenbeleuchtung

Die Außenbeleuchtung (Straßen-, Wege-, Fassadenbeleuchtungen usw.) ist mit energiesparenden, streulichtarmen und insektenverträglichen Leuchtmitteln auszuführen, die einen geringen Ultraviolett- (UV-) und Blauanteil (Farbtemperatur von 1700 K bis max. 3000 K) vorweisen. Außerdem sind insektenfreundliche Lampengehäuse zu verwenden und Beleuchtungsdauer ist auf eine der Nutzung angepasste Zeitdauer zu beschränken (z. B. durch Zeitschaltuhren, Dämmerungsschalter, Bewegungsmelder). Die Leuchtkörper der Lampen sind gezielt auf die Nutzflächen auszurichten (z. B. Leuchten mit Richtcharakteristik, abschirmende Gehäuse).

Die Regelungen über den Vollzug der Artenschutzmaßnahmen erfolgen im nachgelagerten bauordnungsrechtlichen Verfahren.

2. Grundwasserschutz

Das Plangebiet liegt in der Außenzone des Heilquellenschutzgebiets (Verordnung des Regierungspräsidiums Stuttgart zum Schutz der staatlich anerkannten Heilquellen in Stuttgart-Bad Cannstatt und Stuttgart-Berg vom 11. Juni 2002).

Die Bestimmungen des Wassergesetzes (WG) und des Wasserhaushaltgesetzes (WHG), insbesondere §§ 8 Abs. 1, 9 Abs. 1 und Abs. 2 WHG (behördliche Erlaubnis oder Bewilligung bei einer Benutzung der Gewässer, insbes. Grundwasserentnahme und -umleitung), § 82 WHG (Umgang mit wassergefährdenden Stoffen) sowie § 43 Abs. 1 und Abs. 2 WG (Erderschließung, Geothermie) sind zu beachten. Erdarbeiten und Bohrungen i. S. d. § 43 WG bedürfen einer Anzeige nach § 92 Abs. 1 WG bzw. einer wasserrechtlichen Erlaubnis (z.B. Bohrungen in den Grundwasserleiter). Die unverzügliche Erschließung von Grundwasser ist der unteren Wasserbehörde im Amt für Umweltschutz der Landeshauptstadt Stuttgart nach § 43 Abs. 6 WG unverzüglich mitzuteilen.

Jegliche Maßnahme, die das Grundwasser berühren kann, bedarf eines wasserrechtlichen Erlaubnisverfahrens. Bei Baugemeinnutzungs- bzw. wasserrechtlichen Erlaubnisverfahren können Auflagen und Regelungen zum Schutz des Grundwassers getroffen werden.

3. Baumschutzsatzung

Auf die Baumschutzsatzung der Landeshauptstadt Stuttgart vom 20. Dezember 2013 wird verwiesen.

4. Freiflächengestaltung

Mit dem Bauantrag ist ein qualifizierter Freiflächengestaltungsplan mit Flächen- und Baumbilanz einzureichen. Bei der Planung und Herstellung der Flächen nach § 9 Abs. 1 Nr. 20 und 25 BauGB ist ein erfahrenes Fachbüro hinzuzuziehen.

5. Geh- und Fahrechte

Es dürfen keine Einwirkungen und Maßnahmen vorgenommen werden, die den ordnungsgemäßen Bestand oder Betrieb der Erschließung beeinträchtigen oder gefährden.

6. Höhenangaben

Die im Plan eingetragenen Höhenangaben beziehen sich auf die Höhen (m über NN) im neuen System. Auskunft über Umrechnungsfaktoren zwischen Höhen im alten und neuen System erteilt das Stadtmessungsamt. Ergänzende Angaben über die Höhenlage der Verkehrsflächen macht das Tiefbauamt.

7. Bodenfunde

Funde bei Grabungen, an deren Erhaltung ein öffentliches Interesse bestehen könnte, sind unverzüglich einer Denkmalgeschützte, der Stadtverwaltung oder dem nächsten Polizeirevier zu melden (§ 20 DSchG).

8. Verunreinigung des Untergrunds

Im Geltungsbereich ist mit Bodenverunreinigungen zu rechnen. Es wird auf folgende altlastverdächtige Fläche hingewiesen:

ISAS-Nr.	Flächenname	Handlungsbedarf
3832	AA Stadtgärtnerei (Alternativbez.:)	Boden-Grundwasser.

"Werner-Siemens-Schule"	B Belassen/Gefahrenlage hinnehmbar (Bewertungsniveau 3)
	Boden-Mensch: B Belassen/Neubewertung bei Änderung der Exposition (Bewertungsniveau 2)
	Gefahren durch Deposition: B Belassen/Neubewertung bei Änderung der Exposition (Bewertungsniveau 2)

Bei Baumaßnahmen auf verunreinigten Flächen soll vor Baubeginn Art und Ausmaß der Verunreinigung erkundet und, falls sich der Verunreinigungsgrad bestätigt, ein nutzungsbezogenes Sanierungskonzept aufgestellt werden.

Bei Planungen sind in Bezug auf die altlastverdächtige Fläche folgende Rahmenbedingungen zu berücksichtigen:

Es wird empfohlen, den aktuellen Erkundungszustand vor Beginn der Bauplanung im Informationssystem Altlasten (ISAS) beim Amt für Umweltschutz abzurufen.

Wird bei Erdarbeiten verunreinigter Bodenaushub angetroffen, so ist unverzüglich die Wasserbehörde im Amt für Umweltschutz zu benachrichtigen.

9. Vermeidung von Lärm- und Staubeentwicklung sowie Schadstoffausstoß

Während der Bauzeit sollten möglichst lärmgedämmte Baumaschinen und Fahrzeuge mit hohen Anforderungen an den Schadstoffausstoß und Vermeidung von Überlasten zum Einsatz kommen. Staubeentwicklung sollte, durch z. B. Befuchten offener Bodenbereiche ggfs., vermieden werden.

10. Schutz vor Starkregeneignissen

Auf die Starkregeneignisse der Landeshauptstadt Stuttgart samt Angaben über mögliche Überstauchungen (erhältlich beim Tiefbauamt mit Eigenbetrieb Stadtentwässerung SES sowie online) wird verwiesen.

Demnach liegt das Plangebiet teilweise in einem Bereich, in welchem Gefahren durch Sturzfluten und Starkregen bestehen. Grundstückseigentümern und Bauherren wird nahegelegt, im Rahmen der Freiflächengestaltung sowie durch Schutzmaßnahmen von Objekten dazu beizutragen, dass das Wasser möglichst schadlos abfließen kann, sowie die Objekte geschützt werden.

11. Planfeststellung des PFA 1.5

In dem nachrichtlich übernommenen Bereich des Bebauungsplans verlaufen die planfestgestellten Bahnhofs- und Planfeststellungsabschnitte 1.5 „Zuführung Feuerbach und Bad Cannstatt“, welche dinglich gesichert sind. Die Tunnelstrecke beträgt in der Achse 137 (PFA 1.5) 44 m (Geländeoberfläche 284,5 m ü. NN), an der Heilbronner Straße über 51,0 m (Geländeoberfläche 291,0 m ü. NN) im Bereich der oberirdischen Bestandstillplätze auf dem Schulgrundstück und bis 57,5 m (Geländeoberfläche 297,5 m ü. NN) am Eckartshaldenweg.

2. Bauweise und überbaubare Grundstücksfläche

Die Bauweise und überbaubare Grundstücksfläche sind in der Tabelle aufgeführt. Die Bauweise ist in der Tabelle aufgeführt. Die überbaubare Grundstücksfläche ist in der Tabelle aufgeführt.

3. Sonstige Zeichen § 1 (4); § 16 (5) BauNVO

Im Geltungsbereich ist mit Bodenverunreinigungen zu rechnen. Es wird auf folgende altlastverdächtige Fläche hingewiesen:

4. Örtliche Bauvorschriften gem. § 74 LBO

D Dachvorschrift, AT Anleitenvorschrift, EF Einleitungsanweisung, EFH Erdgeschloßbodenfläche, FG Fassadengestaltung, GBT Gebäudelinie, GBH Gebäudelinie – Höhe des Schiltes der Außenwand mit der Dachkante, gemessen an der Traufhöhe bis Höhe der obersten Außenabgrenzung – einschließlich Brüstung, soweit nichts anderes angegeben: Höchstgrenze; siehe auch unter Höhe baulicher Anlagen.

5. Festsetzungen gem. BauGB

Die Festsetzungen gem. BauGB sind in der Tabelle aufgeführt. Die Festsetzungen gem. BauGB sind in der Tabelle aufgeführt.

6. Nachrichtliche Übernahme gem. § 9 (6) BauGB

Die Nachrichtliche Übernahme gem. § 9 (6) BauGB sind in der Tabelle aufgeführt. Die Nachrichtliche Übernahme gem. § 9 (6) BauGB sind in der Tabelle aufgeführt.

7. Allgemeine Zeichen

Die allgemeinen Zeichen sind in der Tabelle aufgeführt. Die allgemeinen Zeichen sind in der Tabelle aufgeführt.

Stand: Juni 2021 Weitere Zeichen können im Text des Bebauungsplans erklärt sein.

Ausfertigung

Der Bebauungsplan und die Satzung über örtliche Bauvorschriften Schulzentrum Nord/Mönchaldenstraße (Stgt 307) vom 27. Juni 2025

Baugesetzbuch	BauNVO	Planzeichenverordnung	Landesbauordnung	LBO
(i.d.F. d.Bek.v. 03.11.2017 einschließlich	(i.d.F. d.Bek.v. 21.11.2017 einschließlich	(i.d.F. d.Bek.v. 21.11.2017 einschließlich	(i.d.F. d.Bek.v. 21.11.2017 einschließlich	(i.d.F. d.Bek.v. 21.11.2017 einschließlich
hierauf erfolgter Änderungen)	hierauf erfolgter Änderungen)	hierauf erfolgter Änderungen)	hierauf erfolgter Änderungen)	hierauf erfolgter Änderungen)

aufgestellt.

Der Inhalt des Bebauungsplans entspricht dem Willen des Gemeinderats.

Mit Inkrafttreten dieses Bebauungsplans treten in seinen Geltungsbereich alle bisher geltenden Bebauungspläne außer Kraft, insbesondere der Bebauungsplan Werner-Siemens-Schule/Heilbronner Straße in Stuttgart-Nord (1976/02).

Überbietet davon bleibt der Bebauungsplan "Vergrößerung Lärmschutz und andere Einrichtungen in Stuttgart-Nord" (Stgt 265.4), sofern dieser Bebauungsplan keine abweichenden Festsetzungen hinsichtlich der dort geregelten Nutzungen trifft. Überbietet davon bleibt die Baumschutzsatzung und die Satzung zur Ermittlung der Anzahl baurechtlich notwendiger KFZ-Stellplätze für Wohnungen in Stuttgart der LHS (2020/09).

Amt für Stadtplanung und Wohnen  
Stuttgart, 21. Juni 2025

Thorsten Dorn  
Amteiler

Bürgermeister für Städtebau, Wohnen und Umwelt  
Stuttgart,

Peter Pätzold  
Bürgermeister

Stand: Juni 2021

Stand: Juni 2021

Stand: Juni 2021

Stand: Juni 2021

Stand: Juni 2021

Stand: Juni 2021

Stand: Juni 2021

Stand: Juni 2021

Stand: Juni 2021

Stand: Juni 2021

Stand: Juni 2021

Stand: Juni 2021

Stand: Juni 2021

Stand: Juni 2021

Stand: Juni 2021

Stand: Juni 2021

Stand: Juni 2021

Stand: Juni 2021

Stand: Juni 2021

Stand: Juni 2021

Stand: Juni 2021

Stand: Juni 2021

Stand: Juni 2021

Stand: Juni 2021

Stand: Juni 2021

Stand: Juni 2021

Stand: Juni 2021

Stand: Juni 2021

Stand: Juni 2021

Stand: Juni 2021

Stand: Juni 2021

Stand: Juni 2021

Stand: Juni 2021

Stand: Juni 2021

Stand: Juni 2021